

24.1.2017

12 DER TAGESSPIEGEL

Die Wilde 16

Wie Bund und Länder in Berlin
Politik machen -

ALBERT FUNK schaut hin



Schichttorte? Rührkuchen?

Das neue Jahr hat, was das stets kooperative Verhältnis von Bund und Ländern betrifft, so angefangen, wie das alte aufgehört hat: Man geht weiterhin rücksichtsvoll miteinander um. Das Bundesverkehrsministerium etwa hat den Ländern gerade immerhin einen vollen Tag gegeben, um Stellung zu nehmen zum Mauteinführungsgesetz.

Weil man sich so mag, hat man - daran erinnerte jetzt ein Kongress der FU Berlin und des „Forum of Federations“ - vor einigen Jahren eine große Föderalismusreform in Angriff genommen. Der Ansatz damals: Trennung, Entflechtung, mehr Transparenz, Klarheit und Wahrheit. Es war eine große Sache, die Verhandlungen in der Föderalismuskommission dauerten Jahre. Das Ergebnis entsprach nicht ganz den Erwartungen der Reformwilligen, letztlich war nicht klar, ob nun der in sich verschlungene Föderalismus dauerhaft gejätet worden war oder ob nicht doch nur ein wirkungsloses Hin- und Herschieben von Kompetenzen stattfand. Drei Beteiligte - Sachsens Ex-Ministerpräsident Georg Milbradt, der frühere sachsen-anhaltische Finanzminister Jens Bullerjahn und der baden-württembergische Bundesratsbeauftragte Volker Ratzmann - waren sich auf der Tagung in der Benotung der Reform einig: Sie gaben eine Drei.

Die nüchterne Einschätzung dürfte auch daran liegen, dass das Empire namens Bund schon bald zurückschlug und seit 2006 daran arbeitet, die Länder stärker in die kooperative Gemengelage einzubinden - was einigen Ländern ganz recht ist, schließlich ist das oft mit Geldflüssen in den eigenen Haushalt verbunden.

Die Kehrtwende weg von der Entflechtung begann schon mit der zweiten Föderalismusreform in diesem Millennium, als die Schuldenbremse eingeführt wurde, die zu einer stärkeren Kooperation und Koordination in der Haushaltspolitik führte. Aber das konnte man noch systematisch erklären.

Bei der dritten Reform, die noch nicht ganz abgeschlossen ist, ist gar kein leitender Gedanke mehr zu erkennen. Weil die Länder beim Finanzausgleich ihr Modell durchsetzten, kam der Bund mit einer langen Liste von Zusatzforderungen, die mal mehr ins Verschlungene tendieren (noch mehr Kontrolle der Haushaltspolitik, mehr Vorschriften in der Steuerverwaltung, Finanzieren von maroden Schulgebäuden), andererseits aber bei der Trennung der Zuständigkeiten beim Straßenbau am Entflechten orientiert sind. Was vor gut zehn Jahren mit einem einigermaßen klaren Konzept begann, das aber nicht nachhaltig war, wird heute opportunistisch und frei von Stringenz weiterbetrieben. So können sich die Politikwissenschaftlerinnen Sabine Kropp von der FU und Nathalie Behnke von der Uni Konstanz bestätigt sehen: Föderalismus werde, und zwar überall, weniger nach dem Vorbild der Schichttorte gestaltet, sondern ähnele mehr einem Rührkuchen.